

Allheilmittel Transparenz?

Podiumsdiskussion über Finanzmarktkrise und Staatsfonds



Politische Regulierungen sind kein Mittel gegen die Hypothekenkrise. Dr. Rainer Hank (Mitte) im Gespräch mit Laurenz Meyer, Prof. Michael Hüther, Karl-Heinz Schröter und Dr. Friedhelm Plogmann (von links).

Eine lebhaft und teilweise auch kontrovers geführte Podiumsdiskussion drehte sich um die Themen Finanzmarktkrise und Staatsfonds als Herausforderung für die deutsche Wirtschaft. Insbesondere in der Frage, ob und inwieweit der Staat die Wirtschaft vor ausländischen Staatsinvestitionen schützen müsse, prallten unterschiedliche Ansichten aufeinander. Einig waren sich die Teilnehmer des Panels darin, dass die Banken die aktuellen Probleme aus der Subprime-Krise selbst lösen müssen, größere Transparenz nötig sei und die Risikosysteme verbessert werden müssen. Unter Leitung von Dr. Rainer Hank (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung) diskutierten Prof. Dr. Michael Hüther (Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft), Laurenz Meyer (Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Dr. Friedhelm Plogmann (Vorstandsvorsitzender der Landesbank Rheinland-Pfalz) und Karl-Heinz Schröter (Senior Vice President Finance bei MAN Ferrostaal). Die wichtigsten Statements:

Der Bankvorstand: Lerneffekt für Banken

Die Banken sollten wegen der Folgen der Subprime-Krise nicht nach staatlichen Regulierungen rufen, sagte Dr. Friedhelm Plogmann, sondern die Probleme selber lösen. „Wir haben jetzt Lerneffekte und brauchen sicher noch das ganze Jahr 2008, um die Verluste bilanziell zu verkräften.“ Die internen Risikosysteme müssten verbessert und der internationale Informationsaustausch forciert werden, sagte der LRP-Chef auf die Frage von Rainer Hank, ob die Krise jetzt der Preis für Finanzinnovationen sei. Die komplexen Finanzprodukte seien nicht allein schuld, eher das mangelnde Risikomanagement in den Banken. „Wir haben eine Verwissenschaftlichung und Mathematisierung des Risikomanagements erlebt, darunter hat der direkte Kontakt zu den Kunden gelitten.“ Die Frage des Moderators, warum in Deutschland gerade die staatlich getragenen Banken stark betroffen seien, relativierte der Mainzer LRP-Banker. Es sei kein Spezifikum der Landesbanken an sich, sondern eine Frage des Geschäftsmodells. Landesbanken mit einer starken regionalen und vertikalen Verankerung, also einer starken

Kooperation im Sparkassen-Bereich selbst, seien weniger betroffen als solche ohne diese Ausrichtung. „Diese haben stärker Ersatz für das klassische Kreditgeschäft gesucht, um überhaupt noch Geld zu verdienen.“ Denn risikogerechte Preise würden derzeit im Kreditgeschäft kaum erzielt.

Der Unternehmensmanager: Problem Dollarschwäche

„Merken Sie im Unternehmen die Finanzkrise?“, fragte Rainer Hank Karl-Heinz Schröter. „In den Gesprächen mit den Banken schon“, antwortete der Finanzierungsexperte bei MAN Ferrostaal. Das Misstrauen der Banken untereinander habe Auswirkungen auch auf die Konditionen. Zudem sei der ABS-Markt problematisch, die Transaktionen würden teurer, sofern überhaupt welche erfolgten. „Eine direkte Kreditklemme stellen wir aber nicht fest“, sagte Karl-Heinz Schröter. Als großes Unternehmen komme MAN Ferrostaal aber wohl auch in der jetzigen Situation günstiger an Finanzierungen. Für alle Unternehmen gelte das aber sicher nicht. Im Maschinen- und Anlagenbau mache man sich schon Gedanken über die weiteren Exportaussichten. Ein aktuelles Problem sei die Dollarschwäche, weil große Wettbewerber aus dem Dollar-Raum so erhebliche Vorteile hätten.

Der Politiker: Krise nicht anheizen

Er könne sich über die derzeitige Diskussion, ob es weiteren Handlungsbedarf der Politik gäbe, nur wundern, sagte Laurenz Meyer. Es sei nur eine Frage der Zeit gewesen, bis das „obskure Finanzierungssystem für Immobilien“ in den USA zusammenbrechen würde. Dies hätten die Banken sehen müssen. „Stattdessen sind sie jedes Risiko mitgegangen, was nach der detaillierten Diskussion um Basel II doch sehr verwundert.“ Das Risiko müsse transparenter gemacht werden, auch in Ratings. Laurenz Meyer warnte davor, die Krise durch politische Regulierungen weiter anzuhetzen. „Denn derzeit sind in diesem Punkt psychische Faktoren stärker als realwirtschaftliche Fakten.“ Eine andere Position

zur Rolle der Politik vertritt der Unionspolitiker in der Frage nach Interventionen bei ausländischen Staatsinvestitionen und bei Beteiligungen des deutschen Staates an deutschen Unternehmen. „Warum soll Deutschland da rausgehen und Platz machen für ausländische Regierungen?“



Laurenz Meyer (links) teilt nicht Prof. Hüthers Einschätzung ausländischer Staatsfonds.

Der Wissenschaftler: Nationale Gefühlsregungen

„Ich sehe nicht, dass ausländische Staatsfonds derzeit unredliche Absichten haben“, regte Prof. Michael Hüther einen liberaleren Umgang mit dem Thema an. Der Grund, weshalb finanzstarke Länder in ausländische Unternehmen investieren wollten, sei nicht das politische Streben nach Kontrolle, sondern die Notwendigkeit, große Finanzüberschüsse sinnvoll zu verwenden. Neben Investitionen im eigenen Land, zum Beispiel in die Infrastruktur, seien auch die Kapitalmärkte interessant. Als viel problematischer erachtet es der Wirtschaftswissenschaftler, wenn der eigene Staat in Wettbewerb zur Wirtschaft trete. Prof. Hüther forderte, die „nationalen Gefühlsregungen“ zurückzufahren und plädierte für offene Märkte und Investitionsfreiheit. „Es ist ein falsches Signal, sich abzuschotten.“



Karl-Heinz Schröter von MAN Ferrostaal wünscht sich hinsichtlich der ausländischen Fonds eine differenzierte Betrachtung. Transparenz sei oberstes Gebot.

Der Finanzmanager: Transparenz statt Protektionismus

Diese Sichtweise unterstrich Karl-Heinz Schröter. Auch er sieht Staatsfonds als Investoren, die den Reichtum ihrer Staaten verwalten und Geld verdienen wollen. Allerdings sei eine differenzierte Betrachtung nötig. Der Norwegen-Fonds beschränke sich zum Beispiel auf kleinere Minderheitsbeteiligungen. „Was China in Afrika macht, ist aber etwas anderes.“ Dennoch warnte der Manager vor Protektionismus und forderte, stattdessen für Transparenz zu sorgen.

Der Politiker: Strategische Einflussnahme?

Zusätzliche Transparenz sei nötig, stimmte Laurenz Meyer zu. Und die Ablehnung von solchen Investitionen in Deutschland werde sicher die Ausnahme bleiben. Es müsse aber sehr wohl hinterfragt werden, welche Absichten ausländische Staaten mit Engagements dieser Art verfolgten. „Es geht auch um Größenordnungen über 25 Prozent Beteiligung, die eine strategische Einflussnahme ermöglichen würden“, sagte der Bundestagsabgeordnete. Im Übrigen müsse auch geprüft werden, inwieweit diese Staaten auch ausländische Staatsinvestitionen in Unternehmen ihres Landes zuließen.

Erich Hieronimus, Coface Deutschland